

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	11/2024
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	24.09.2024
Zeit:	18.30 Uhr – 20.50 Uhr
Ort:	Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54
Vorsitz:	Bürgermeister Seidel
Mitglieder anwesend:	<u>CDU</u> Stadträtinnen Haaf und Oppelt Stadträte Bernauer, Erles, Schendzielorz und Sy <u>FW</u> Stadträtinnen Mayer (ab 18.50 Uhr) und Streib Stadträte Dr. Cherwon, Hofstätter, Dr. Rothe und Wachert <u>Grüne</u> Stadträtinnen Inama-Knäblein und Krastel Stadträte Katzenstein (ab 18.50 Uhr), Konrad und Zietak <u>SPD</u> Stadträtin Linier (ab 18.55 Uhr) Stadträte Bergsträsser, Hertel, Staudenmaier und Weinmann <u>Linke</u> Stadtrat La Licata
weiter anwesend:	Petra Polte (FB1)
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtin Scheibe Stadträte Scholl und Wagner
Urkundspersonen:	Stadträtin Krastel und Stadtrat Hertel
Sachvortrag:	-----
Schriftführerin:	Frau Gruneberg

Der Bürgermeister eröffnet die öffentliche Sitzung um 18:30 Uhr und begrüßt die anwesenden Gemeinderäte und Besucher. Anschließend leitet er zur Bürgerfragestunde über.

Bürgerfragestunde

Der Bürgermeister verweist eingangs auf die Regeln zur Bürgerfragestunde, wie sie in der Geschäftsordnung des Gemeinderates festgelegt sind: Höchstdauer der Fragestunde 30 Minuten. Jede Bürgerin bzw. Bürger kann zwei Fragen oder Vorschläge äußern, jeweils drei Minuten Redezeit.

Eine Neckargemünder Bürgerin stellt eine Frage zum Windpark Lammerskopf. Forst BW habe mit der Begutachtung der Heidelberger Flächen begonnen, sei aber nicht informiert, dass Neckargemünd sich mit eine Fläche, die ebenfalls untersucht werden sollte, beteiligen wolle. Wegen der zu erwartenden Pachteinahmen wäre es schade, wenn Neckargemünd leer ausgehe.

Bürgermeister Seidel sagt, dass sein Amtsvorgänger die Neckargemünder Fläche für die Untersuchung gemeldet habe. Dies sei auch der Sachstand bei der letzten Sitzung des Projektbeirates gewesen. Er bedanke sich für den Hinweis. Man werde den Sachverhalt prüfen.

Eine weitere Neckargemünder Bürgerin fragt nach dem Programm „Nachhaltige Kommune“. Beteilige sich die Stadt und was folge daraus? Weiterhin fragt sie nach dem Sachstand „Altstadtsatzung / Photovoltaik“.

Bürgermeister Seidel bittet darum, die Fragen aufzunehmen. Die Verwaltung werde im Laufe der Woche schriftlich antworten. Grundsätzlich sollten der Dame als ehemaliger Stadträtin der Grünen die Punkte aus der Vergangenheit bekannt sein. Eine Satzungsänderung dauere ca. 12 Monate.

Ein Bürger aus der Rainbach fragt nach der großen Baugrube südlich der Villa Menzer, die seit zwei Monaten bestehe. Was habe es damit auf sich?

Bürgermeister Seidel erklärt, dass es sich um die zentrale Glasfaserstation für Neckargemünd handle.

Der Bürger sagt, dann schlage er aber einen anderen Standort vor. Hier sei der Standort am falschen Platz. Außerdem fragt er nach der ausgegrabenen Hecke beim Verbindungsweg zum Zebrastreifen. Jugendliche nutzten den Trampelpfad und sprängen über die Stützmauer. Außerdem sei das Vordach an der Bahnstation vermüllt. Könne man dort keine Mülleimer aufstellen? Gehe dies in die Zuständigkeit der Bahn? Zusammengefasst müsse ein gescheiter Weg her, Mülleimer und die Pflasterung an der Nordseite gehöre ebenfalls ausgetauscht.

Bürgermeister Seidel sagt, er stimme zu, dass die Bahnhöfe eine Verschönerung gebrauchen könnten. Um die Sicherheit der Infrastruktur werde man sich allerdings erst nach Beendigung der Maßnahmen zum Glasfaserausbau kümmern können. Durch den Planfeststellungsbeschluss im Jahre 1995 sei festgelegt, dass der Bereich der Bahn gehöre.

Die Bürgerfragestunde endet um 18.41 Uhr.

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 09/2024 vom 23.07.2024**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

Es gibt keine Wortmeldungen.

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird von den beiden Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

2: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 10/2024 vom 23.07.2024**

2.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

2.2: **Beratung:**

Es gibt keine Wortmeldungen.

2.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird von den beiden Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

3. **Verpflichtung des am 09. Juni 2024 gewählten Gemeinderats Dirk Weinmann**

3.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

3.2: **Beratung:**

Bürgermeister Seidel verpflichtet Herrn Dirk Weinmann auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten. Dabei liest er die Verpflichtungsformel vor, Herr Weinmann spricht wie folgt nach:

„Ich gelobe während meines Amtes als Stadtrat der Stadt Neckargemünd Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Stadt gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern. So wahr mir Gott helfe.“

Anschließend unterzeichnet Herr Weinmann seine Verpflichtungsurkunde.

3.3: **Beschluss:**

Der Bürgermeister nimmt die Verpflichtung des Stadtrats Weinmann vor.

4: **Wahl der Ortsvorsteher und deren Stellvertreter für die Stadtteile Dilsberg und Mückenloch**

4.1.: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit/Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau Polte erläutert die Vorlage. Man werde in zwei getrennten Wahlgängen, beginnend mit Dilsberg abstimmen.

Der Bürgermeister ergänzt, dass die vorgeschlagenen Personen, wenngleich auch Stadträte, nicht befangen seien.

Stadträtin Mayer und Stadtrat Katzenstein kommen um 18.50 Uhr zur Sitzung.

Der Bürgermeister stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf offene Wahlen und ergänzt, dass man, sobald eine einzige Person eine geheime Wahl wünsche, selbstverständlich geheim abstimmen werde.

Die Mitglieder des Gemeinderats erklären sich einstimmig mit einer offenen Wahl einverstanden.

4.2: **Beratung:**

Stadt Wachert gibt für die Fraktion der Freien Wähler folgende Stellungnahme ab:

„Sehr geehrte DilsbergerInnen, sehr geehrte MückenlocherInnen, sehr geehrte BürgerInnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte im Namen der Freien Wähler erklären, warum wir trotz der überragenden Mehrheit in den Ortsteilen Dilsberg und Mückenloch den Ortsvorsteher/die Ortsvorsteherin nicht stellen können. Unsere Kandidaten sind alle noch relativ jung, stehen mitten im Berufsleben, haben Familie und einen sehr ausfüllenden, oft auch anstrengenden Job. Viele unserer Amtsträger sind zudem selbstständig. Was dies in der heutigen Zeit bedeutet, muss ich Ihnen sicher nicht näher erläutern. Hier reden wir nicht über einen geregelten Arbeitstag und schon gar nicht über eine 38- oder 40-Stunden-Woche. Oft sind es weitaus mehr Stunden, die hier auch am Wochenende investiert werden müssen. Nach der Gemeinderatswahl haben wir uns wirklich bemüht sowie verschiedene Möglichkeiten geprüft und ausgelotet, wie wir dieser Aufgabe dennoch gerecht werden könnten. Das Ergebnis dieser intensiven Beratungen liegt nun vor: Wir können leider keine eigenen Kandidaten für das Amt der Ortsvorsteher stellen. Wir sind jedoch froh, in beiden Ortsteilen einen geeigneten Kandidaten für die Stellvertretung gefunden zu haben. An dieser Stelle möchte ich Herrn Willi Wallstab sowie Herrn Thomas Ruf ausdrücklich für ihre Bereitschaft und ihr Engagement danken. Gleichzeitig möchten wir den amtierenden Ortsvorstehern, Herrn Joachim Bergsträsser und Herrn Andreas Erles ausdrücklich für Ihr bisheriges Engagement und die wirklich gute Zusammenarbeit danken. Wir hoffen, dass diese Zusammenarbeit in Zukunft noch weiter intensiviert wird. An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich bei unseren Wählerinnen und Wählern in den Ortsteilen Dilsberg und Mückenloch ganz herzlich für ihr Vertrauen bedanken. Wir hoffen auf Ihr Verständnis für diese schwierige Entscheidung. Zum Abschluss möchte ich noch alle Bürgerinnen und Bürger von Neckargemünd ermutigen, sich aktiv in die kommunalpolitische Arbeit einzubringen. Vielleicht haben wir dann in fünf Jahren erneut die Möglichkeit, den Ortsvorsteher oder die Ortsvorsteherin in einem Ortsteil zu stellen, sollten wir als Freie Wähler wieder die stärkste Kraft werden. Vielen Dank!“

4.3: **Beschluss:**

1. Der Gemeinderat wählt auf Vorschlag des Ortschaftsrates Dilsberg Herrn Andreas Erles einstimmig bei einer Enthaltung zum Ortsvorsteher des Stadtteils Dilsberg.
2. Der Gemeinderat wählt auf Vorschlag des Ortschaftsrates Dilsberg Herrn Thomas Ruf einstimmig zum 1. stellvertretenden Ortsvorsteher des Stadtteils Dilsberg.
3. Der Gemeinderat wählt auf Vorschlag des Ortschaftsrates Dilsberg Frau Monika Nohe-Weinert einstimmig zur 2. stellvertretenden Ortsvorsteherin des Stadtteils Dilsberg.

Stadträtin Linier kommt um 18.55 Uhr zur Sitzung.

4. Der Gemeinderat wählt auf Vorschlag des Ortschaftsrates Mückenloch Herrn Joachim Bergsträsser einstimmig zum Ortsvorsteher des Stadtteils Mückenloch.
5. Der Gemeinderat wählt auf Vorschlag des Ortschaftsrates Mückenloch Herrn Willi Wallstab einstimmig zum 1. stellvertretenden Ortsvorsteher des Stadtteils Mückenloch.
6. Der Gemeinderat wählt auf Vorschlag des Ortschaftsrates Mückenloch Herrn Ramon Teschner einstimmig zum 2. stellvertretenden Ortsvorsteher des Stadtteils Mückenloch.

Vor Eintritt in den folgenden TOP 5 verlässt Bürgermeister Seidel aufgrund von Befangenheit den Sitzungsrund und nimmt im Zuschauerraum Platz. Erster Stellvertretender Bürgermeister Bernauer übernimmt die Sitzungsleitung.

5: **Bewertung des Amtes des Bürgermeisters und Einweisung in einer Planstelle**5.1.: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Erster stellvertretender Bürgermeister Bernauer erläutert die Vorlage. Er informiert weiterhin, dass der Hauptausschuss in seiner Sitzung vom 12.09. über den TOP beraten habe und dem Gemeinderat die vorliegenden Beschlüsse jeweils einstimmig, ohne Enthaltung, empfehle.

5.2.: **Beratung:**

Stadtrat La Licata sagt, dass er der Eingruppierung in B3 zustimmen werde, zumal Neckargemünd mehr Einwohner habe, als im Zensus festgestellt worden sei.

5.3.: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt einstimmig:

1. Die Stelle des Bürgermeisters der Stadt Neckargemünd wird gemäß § 1 Abs. 2 KomBesG BW ab dem 01.08.2024 nach Besoldungsgruppe B 3 LBesG Baden-Württemberg bewertet.
2. Herr Bürgermeister Jan Peter Seidel wird mit Wirkung ab dem 01.08.2024 in die Besoldungsgruppe B3 LBesG Baden-Württemberg eingewiesen.

Es folgt eine Pause von 19.00 – 19.10 Uhr, in der auch Pressefotos gemacht werden.

6: **Vorberatung einer Erschließungsmaßnahme für das Baugebiet Sandklinge in Neckargemünd Waldhilsbach – Angebotseinholung und Vergabe**

6.1.: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 5 ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage. Ergänzend weist er auf die Tatsache hin, dass die erste von fünf Phasen dazu diene, die Mitwirkungsbereitschaft der Eigentümer abzuklären und die Kalkulation der Erschließungskosten ermitteln zu lassen. Es handle sich folglich um vorbereitende Maßnahmen. Die Kostenergründung sei essentiell wichtig, denn ohne Zahlen könne der Gemeinderat nicht entscheiden und Waldhilsbach nicht informiert über die Dorfentwicklung entscheiden.

Stadträtin Linier fragt, ob Stadträtin Inama-Knäblein als Anliegerin nicht befangen sei.

Der Bürgermeister bestätigt dies und bittet die Mitglieder des Gremiums darum, sich zukünftig initiativ vor Eintritt in einen TOP zu melden und eine Befangenheit zu melden.

Stadträtin Inama-Knäblein verlässt den Sitzungsrund und nimmt im Zuschauerraum Platz.

6.2.: **Beratung:**

Stadträtin und Ortsvorsteherin von Waldhilsbach Linier verliest folgende Stellungnahme: *„Nicht nur als Ortsvorsteherin von Waldhilsbach begrüße ich, dass dieser Punkt heute auf der Tagesordnung steht, sondern ich tue dies auch im Namen der SPD-Stadtratsfraktion. Eine mögliche Erschließung eines Neubaugebietes „Sandklinge“ ist ein lang gehegter Wunsch des Waldhilsbacher Ortschaftsrates, der sehr froh und erleichtert darüber war, dass dieser lang gehegte Wunsch nach mehreren Anläufen endlich Eingang in den städtischen Haushalt 2024 gefunden hatte. Für die neuen Mitglieder im Gemeinderat, und das sind sehr viele, sei gesagt, dass die Erschließung des letzten Baugebietes in Waldhilsbach mindestens 45 Jahre zurückliegt. In der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes 2012 wurde bereits eine mögliche Wohnbaufläche „Sandklinge“ mit 1,8 ha Flächeninhalt ausgewiesen. Das ist eine relativ kleine Fläche, die man auch nicht groß ausweiten kann, denn drum herum haben wir Landschaftsschutzgebiet und weiter oben ein Flora-Fauna-Habitat. In Waldhilsbach wird Naturschutz großgeschrieben, der örtliche Obst- und Gartenbauverein ist hier Vorreiter, er hat zusammen mit dem BUND eine riesige Streuobstwiese mit 150 Hochstämmen sowie den größten Insektengarten auf Vereinsebene in Deutschland angelegt. Auf dem Gelände der Streuobstwiese sind sehr viele Biotope – nicht nur für Insekten, sondern auch für Reptilien und andere Tierarten - entstanden. Aber auch Menschen brauchen Lebensraum. Wir könnten auf dieser relativ kleinen Fläche bezahlbaren Wohnraum für junge Familien, aber auch für seniorenrechtliches Wohnen schaffen. Die wenigen, noch vorhandenen Bauplätze im Ort werden von den Grundstückseigentümern nicht veräußert, sondern für Kinder und Enkel vorgehalten, eben, weil kaum eine Erweiterungsmöglichkeit für den Ort besteht.*

Viele junge Familien, die bleiben wollten, mussten den Ort verlassen, weil sie keinen Bauplatz gefunden haben. Mich erreichen immer wieder Anfragen nach Bauplätzen im Rathaus. So auch wieder in der letzten Woche. Die Tatsache, dass in etlichen Häusern nur eine oder wenige Personen leben, nutzt uns nicht viel, denn wir können nicht verlangen, dass diese Personen ihre Häuser verlassen. Wir können ihnen auch keine

seniorengerechte Alternative im Ort mit zwei, drei Zimmern, die ausreichen würden, anbieten, eben weil wir keine solche Anlage haben. Und den Heimatort, in dem man oft sein gesamtes Leben verbracht hat, verlässt niemand gerne, da dies auch die Aufgabe des sozialen Umfeldes bedeuten würde. Auch deshalb braucht Waldhilsbach ein Wohngebiet „Sandklinge“. Gerade für den Erhalt der Infrastruktur, hier vor allem für den Erhalt des Kindergartens und der kleinen Grundschule wäre ein kleines Neubaugebiet immens wichtig. Und mehr Einwohner bedeuten schließlich auch mehr Einnahmen für die Kommune und für Waldhilsbach selbst unter Umständen auch die Option für einen Nahversorger, z.B. nach dem Tegut Modell in Lobbach. Ich hatte mich um eine TEO bemüht, Te-Gut lehnte dies 2023 ab mit dem Hinweis darauf, dass sie nur in Orte mit mindestens 1.500 Einwohnern investieren. Wir hatten damals 1252 Einwohner, knapp 250 Einwohner fehlten uns. Wir haben außer einem Bäcker, der an fünf Vormittagen geöffnet ist, kein einziges Geschäft mehr in Waldhilsbach, von Banken ganz zu schweigen. Der Gemeinderat hat die Mittel für die Vorbereitung einer Erschließungsmaßnahme (Phase 1) für das Baugebiet „Sandklinge“ bereitgestellt. Wir freuen uns darüber, dass die rechtlichen Fragen jetzt geklärt sind und darüber, dass nun die Kalkulation der Erschließungskosten erfolgen und die Klärung der Mitwirkungsbereitschaft der Grundstückseigentümer abgeklärt werden können. Die SPD-Fraktion stimmt der Beauftragung der Firma MVV Regioplan GmbH mit der Beauftragung der Erschließungsmaßnahme (Phase 1) für das Baugebiet Sandklinge zu und als Ortsvorsteherin von Waldhilsbach appelliere ich an alle Stadträtinnen und Stadträte, ebenfalls der Beschlussvorlage zuzustimmen.“

Stadträtin Krastel spricht für die Fraktion der Grünen und sagt, dass die Dorfentwicklung und ein Konzept der Nachverdichtung sehr richtig und wichtig seien. Allerdings seien noch Fragen offen geblieben, z.B. zur Kalkulation der Erschließungskosten und was das städtebauliche Konzept schlussendlich bedeute. Man halte es für verfrüht. Wann erfolge eine ökologische Abklärung? Der Landschaftsplan zum FNP weise dem Gebiet eine hohe ökologische Wertigkeit zu. Generell sähe man die Kosten für die Erschließungsplanung kritisch. Handle es sich um eine vergleichsweise geringe oder eher höhere Summe? Grundsätzlich solle die Sandklinge in die Dorfentwicklung eingebunden werden, so dass auch die Möglichkeit der Innenentwicklung ausgelotet werden können.

Der Bürgermeister erläutert, dass das städtebauliche Grundkonzept in Waldhilsbach durch das Konzept der Dorfentwicklung ersetzt werde. Die Phase benötige lediglich einen allgemeinen Vorentwurf. Der Naturschutz sei noch nicht im Paket, da sich sonst der Zeitaufwand verdreifachen und die Kosten verdoppeln würden. Die Kosten könne er aufgrund des Vergaberechts nicht nennen, man läge aber im Rahmen der im Haushalt 2024 beschlossenen Mittel. Zwischen den Angeboten habe es eine deutliche Preisspreizung gegeben. Der wirtschaftlichste Anbieter habe in der Region auch schon Projekte umgesetzt. Seiner Meinung nach werde die Grundsteuerreform den Immobilienmarkt befeuern und die Innenverdichtung beschleunigen. Dann könne man im Gemeinderat altersgerechtes Wohnen forcieren.

Stadtrat Zietak fragt, wann der Naturschutz geprüft werde.

Der Bürgermeister antwortet, in Phase 3.

Stadtrat Bernauer spricht für die Fraktion der CDU: man unterstütze den Beschlussvorschlag. Die Ortsteile hätten kaum noch Möglichkeiten zur Erweiterung und so sei es vollkommen verständlich, dass sich der Ortschaftsrat für ein Baugebiet ausgesprochen habe. Zudem seien die Mittel im Haushalt eingestellt. Es sei auch zu

beachten, dass man erst nach dieser ersten Phase sichere Kenntnis habe, ob und wenn ja, was baulich umgesetzt werden könne. Ganz entscheidend sei aber, dass die Planung der Dorfentwicklung parallel laufe. Nur in Kombination von beiden Prozessen könne man auch auf ein zukunftsfähiges Ergebnis setzen.

Stadtrat Erles pflichtet dem Bürgermeister dahingehend bei, dass bei einer Ausschreibung nach VOL keine Kosten genannt werden dürften. Die im Beschluss genannte Firma sei planungssicher. Wenn Waldhilsbach den Beschlussvorschlag so wünsche, solle man zustimmen.

Stadtrat La Licata meint, dass in der Kernstadt die Wohnungsnot zwar größer sei, aber wenn man – wo auch immer im Gebiet von Neckargemünd – Wohnraum schaffen könne, so solle man das tun. Weiterhin schließe er sich den Ausführungen von Stadtrat Bernauer an.

Stadtrat Katzenstein fragt, ob die Erschließungsmaßnahmen nicht auch Auswirkungen auf die Begutachtung hätten. Wie viele bebaubare Grundstücke gäbe es denn in Waldhilsbach?

Der Bürgermeister entgegnet, er schätze ungefähr 12 – 15 freie Grundstücke. Er weise aber nochmals darauf hin, dass die Grundsteuerreform komme und man dann die Marktentwicklung beobachten müsse. Was die Erschließungsmaßnahmen betreffe, so habe man mehrere Varianten. Ob an die eine Straße und den Kanal dann Einfamilienhäuser oder altersgerechtes Wohnen angeschlossen würden, sei für die Größenordnung der Kosten nicht sonderlich relevant.

Stadträtin Krastel sagt, dass man in Heidelberg bei Vergabeverfahren die Kosten genannt bekäme. Warum nicht in Neckargemünd?

Der Bürgermeister erläutert, dass in dieser Thematik sowohl das Öffentlichkeitsgebot des Kommunalrechts sowie das Geheimhaltungsgebot des Vergaberechts eine Rolle spielten. Der mittlerweile ausgeschiedene Vergabemanager, Herr Horvath, habe stets das Geheimhaltungsgebot stärker gewichtet; dieses überwiege bei der Unterschwellenvergabeverordnung (UVgO). Er werde den Gemeinderäte die entsprechenden Details hierzu schriftlich erörtern, analog seiner Mail zur Abgrenzung Bauverwaltung (Stadt) und Baurechtsamt (Kreis). Er verweise in Bezug auf den heutigen Beschlussvorschlag auf den Haushalt 2024, dann könne man sich eine gute Annäherung an die Kosten erschließen.

Stadtrat Katzenstein bittet um eine kurze Unterbrechung der Sitzung zur Abstimmung innerhalb der Fraktion der Grünen. Dem Wunsch wird stattgegeben und die Sitzung von 19.24 - 19.31 Uhr unterbrochen.

Stadtrat Konrad bedankt sich für die Unterbrechung. Es sei keine leichte Entscheidung, zumal die Grünen die Mittel für den Haushalt seinerzeit nicht befürwortet hätten. Könne man die Koppelung mit der Dorfentwicklung im Beschluss verankern?

Stadtrat Wachert entgegnet, dass es ihn ärgere, wenn man nun schon wieder zu diskutieren anfänge. Man habe seinerzeit eine grundlegende Entscheidung getroffen, bei der auch die Stadträte Katzenstein und Konrad anwesend waren. Der Ortschaftsrat habe den Wunsch geäußert und jetzt diskutiere man wieder.

Die Fraktion der CDU stellt den Geschäftsordnungsantrag, über den Beschlussvorschlag mit Koppelung abzustimmen.

Der Bürgermeister gibt zu bedenken, dass eine Koppelung den Zeitablauf verzögern würde, da man den Abschluss der Dorfentwicklung abwarten müsse.

Stadtrat Katzenstein entgeget, dass es sich dann um ein Missverständnis handeln würde. Verzögern wolle man den Prozess nicht.

Stadtrat Bergsträsser sagt, dass er ebenfalls einen Geschäftsordnungsantrag stelle, die Debatte nun zu beenden.

Stadtrat Dr. Rothe möchte eine Klarstellung, was bisher bereits beschlossen worden sei.

Der Bürgermeister erläutert, dass die Dorfentwicklung und die Sandklinge Phase 1 im Haushalt ständen. Man brauche nun verlässliche Zahlen, um weiterarbeiten zu können.

Frau Polte stellt fest, dass man nun über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimme werde.

6.3.: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich bei vier Enthaltungen die Beauftragung der Firma MVV Regioplan GmbH mit der Vorbereitung einer Erschließungsmaßnahme (Phase 1) für das Baugebiet Sandklinge.

Frau Inama-Knäblein nimmt wieder im Sitzungsrund Platz.

7: **Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe: Bohrermarkt 2024**

7.1.: **Sachvortrag:**

Die Tischvorlage des FB 1 / Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau Polte erläutert die Vorlage. In den vergangenen zwei Jahren habe man durch den Verzicht auf das Festzelt versucht, Kosten einzusparen. Im ersten Jahr sei der Verzicht coronabedingt gewesen, im vergangenen Jahr habe man versucht, das große Festzelt durch ein kleineres „Weindorf“ zu ersetzen. Dieser Versuch sei von der Bevölkerung aber nicht angenommen worden. Das Festzelt sei die „Seele des Bohrermarktes“, auch aufgrund der Wetterlage im November unverzichtbar. Festzelt, Stromkosten und ein in diesem Jahr erweitertes Sicherheitskonzept, auch im Hinblick auf die aktuelle Lage, hätten die Kosten nach oben springen lassen. Gleichwohl könne man Kostenfaktoren innerhalb des Fachbereichs intern umschichten. Der Gemeinderat müsse nun entscheiden, ob diese Beträge umgewidmet werden können.

7.2.: **Beratung:**

Stadtrat La Licata erinnert daran, dass er bereits im Jahr 2020 gesagt habe, dass es nach Corona mit einem Festzelt weitergehen müsse. Man müsse den Menschen etwas bieten, der Bohrermarkt sei das Highlight der Region. Er werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Stadtrat Bergsträsser stellt fest, dass die SPD bereits im letzten Jahr einen Runden Tisch zum Bohrermarkt, mit Festzelt, gefordert habe. Nun müsse man zwangsläufig zustimmen, eine Notbremse gehe wohl nicht mehr. Nach diesem Bohrermarkt müsse aber dringend ein Runder Tisch mit den Ortsverwaltungen, Dienstleistern und Vereinen stattfinden.

Der Bürgermeister bedankt sich für die Anregung. Er plane einen Runden Tisch Anfang des 1. Quartals 2025. Der Aufwand für den Bohrermarkt sei riesig. Man müsse das Konzept verbessern und kosteneffizienter werden.

Stadträtin Linier sagt, dass sie ebenfalls zustimmen werde. Man möge den Vorschlag von Stadtrat Bergsträsser aufgreifen und um die Feste der Ortsteile erweitern. Für die Kerwe Waldhilsbach stelle die Stadtverwaltung lediglich den Toilettenwagen bereit, sonst nichts. Das Angebot der Kerwen der Ortsteile richte sich aber auch alle Neckargemünder – sie habe daher heute auch für alle die Einladungen hierzu verteilt. Stadtrat Erles spricht wie folgt: *„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kollegen, die nun genannten Zahlen sind tatsächliche Kosten die ich eigentlich schon seit Jahren in ähnlicher Höhe für den Bohrermarkt geschätzt habe. Mir ist nur nicht ganz klar warum diese Zahlen bisher dem Gremium vorenthalten wurden. Waren sie in dieser Höhe nicht bekannt oder wollte man aufgrund der Brisanz diese Zahlen nicht nennen? Seis drum. Für dieses Jahr werden wir, schon allein aufgrund der fortgeschrittenen Zeit, nicht umherkommen in den sauren Apfel zu beißen und die Mehrkosten zu schlucken. Aber danach muss das Thema umgehend auf den Tisch und aufgearbeitet werden. Aber nicht nur der Bohrermarkt, sondern alle Feste und Aktivitäten die nur noch durch umfangreiches Zutun der Technischen Dienste und/oder finanzielle Unterstützung durch Steuergelder durchführbar sind. Im vergangenen Jahr musste sich der Dilsberger Ortschaftsrat aufgrund seiner mahnenden Worte zu dieser Thematik böse Worte aus dem Gremium gefallen lassen. Nun sollten aber auch die größten Zweifler merken, dass die damals vorgelegten Zahlen schon auf Basis einer gewissen Substanz entstanden sind und belegbar waren. Meine sehr geehrten Damen und Herren, niemand will auf Feste und Traditionen verzichten. Aber bitte alles mit Maß und Ziel auf Grundlage einer gewissen wirtschaftlichen Betrachtungsweise. Die Stadtverwaltung hat eine soziale Verantwortung. Vor kurzem stand wieder die jährliche Diskussion der Erhöhung der Kitagebühren an. Diese endete meines Erachtens unbefriedigend. Für die Kinder, für unsere Zukunft, fehlt es und hier sollen wir vermeidbar Gelder für die Spaßfaktorbefriedigung einiger weniger ausgeben? Nein, so nicht. Feste und der traditionelle Bohrermarkt sollen natürlich bestehen bleiben. Aber alles mit Maß und Ziel. Von daher jetzt notgedrungen die Zustimmung zu außerplanmäßigen Mehrausgaben aber danach umgehend ein Arbeitskreis, bestehend aus Teilnehmern der Stadtverwaltung, des Gemeinderats und sachkundigen Bürgern. Hier sollen und müssen alle Veranstaltungen und die Leistungen der Stadtverwaltung analysiert, bewertet und sinnig angepasst werden. Dankeschön.“*

Stadträtin Oppelt hinterfragt die Stromkosten. Seien darin nicht auch einmalige Kosten enthalten?

Der Bürgermeister informiert, dass man die Mittelspannstation stelle, so dass bei den Gesamtkosten zukünftig zumindest die „3“ nicht mehr vorne stehen sollte.

Stadtrat La Licata bittet darum, bei solch einer Veranstaltung, die auch soziale Aspekte zusammenbringe, nicht so sehr zu sparen. Das Konzept müsse erhalten bleiben.

Stadtrat Wachert sagt, dass ihm persönlich kleinere Feste wie z.B. die Konzerte am Neckar wesentlich besser gefallen würden als der große Bohrermarkt. Sei der Bohrermarkt wirklich so wichtig?

Stadtrat Konrad findet, dass ein Runder Tisch sehr sinnvoll sei.

Der Bürgermeister schließt sich dieser Aussage an.

7.3.: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd genehmigt einstimmig die Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln für die Durchführung des Bohrer- und

Katharinenmarktes für das Jahr 2024 in Höhe von insgesamt 30.000€. Damit erhöht sich das Budget auf insgesamt 110.000€.

8. Gemeindeverwaltungsverband – Vorberatung der Tagesordnung der Verbandsversammlung am 13.11.2024

8.1.: Sachvortrag:

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Frau Polte erläutert die Vorlage sowie die vor der Sitzung ausgeteilte Tischvorlage zum Punkt 4 der Tagesordnung des GVV, die nötig wurde, da mit Information vom 23.09. das Land Baden-Württemberg die Fördersumme für das Integrationsmanagement im Jahr 2025 um 18 Mio. € auf nunmehr wieder 58 Mio. € erhöht und diese Summe auch für 2026 zugesichert habe.

8.2.: Beratung:

Stadtrat Katzenstein zeigt sich erfreut, dass die Verwaltung so schnell reagiert und die Tischvorlage vorbereitet habe. Seiner Meinung nach richteten sich die Zahlen auch eher nach der Anzahl der aufgenommenen Geflüchteten als nach Einwohnerzahlen.

Frau Polte informiert über einen Tippfehler in der Tischvorlage und korrigiert den Neckargemünder Anteil auf 45.473,33 €.

Bürgermeister Seidel zeigt sich froh, dass das Land Baden-Württemberg trotz der schwierigen Finanzsituation die Fördersumme wieder erhöht habe.

8.3.: Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt einstimmig folgendes Abstimmungsverhalten der Stadt Neckargemünd in der Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckargemünd am 13.11.2024

TOP	Beratungsgegenstand	Zustimmung	Ablehnung
1.	Genehmigung des Protokolls Nr. 1/2024 vom 06.03.2024	x	
2.	Wahl des Verbandsvorsitzenden des GVV Neckargemünd und des 1. und 2. Stellvertreters für den Verbandsvorsitzenden	x	
3.	Änderungsbeschluss zum Flächennutzungsplan – 3. Änderung der 2. Fortschreibung für Windkraft- und Freiflächenfotovoltaik-Anlagen in Wiesenbach	x	
4.	Fortsetzung des gemeinsamen Integrationsmanagements	x	
5.	Haushaltssatzung mit Haushaltsplan	x	

Stadtrat Katzenstein hinterfragt, ob man nicht zu Punkt 2 noch eine Weisung in Bezug auf die Besetzung der Stellvertreter hätte geben müssen.

Frau Polte informiert, dass die Gemeinderäte der Mitgliedsgemeinden im Rahmen der Vorberatung der Verbandsversammlung zwar häufig Weisungen zum Abstimmungsverhalten bei Sachthemen gäben, dies aber hinsichtlich dieser Wahl nicht notwendigerweise erfolgen müsste.

9: Interfraktioneller Antrag: Durchführung eines Graffiti-Workshops in Neckargemünd

9.1: Sachvortrag:

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Frau Polte erläutert die Vorlage. In Dilsberg habe es im Mai einen solchen Workshop gegeben, bei dem der Container der Feuerwehr aufgehübscht worden war. Nun werde mit dem Antrag angeregt, auch in Neckargemünd solch einen Workshop zu veranstalten. Sie habe bei dem damals gebuchten Graffiti-Künstler Michael Vogt schon Vorerkundigungen eingezogen, damit der Gemeinderat in Kenntnis dieser Informationen besser entscheiden könne. Der Workshop könne tatsächlich in diesem Jahr noch durchgeführt werden, zu klären sei zuallererst der Standort. Nach Rücksprache mit Herrn Vogt, sowie dem Stadtmarketing, denke man an die Bahnstufenunterführung, die Treppe an der Überführung am Altstadtbahnhof oder die Mauer am Altstadtbahnhof. Für die letzteren beiden werden aktuelle Fotos gezeigt. Besonders positiv sei, dass nicht nur eine Freewallgestaltung erfolge, sondern die Jugendlichen auch einen Vortrag über zulässiges Sprays erhalten. Vom Zeitrahmen sei ein Tag an einem Wochenende oder während der Ferien, von 10-16 Uhr gedacht; hinsichtlich der Kosten sei man bestrebt, eine an Dilsberg angenäherte Lösung zu finden. Insgesamt könnten 10 – 20 Jugendliche teilnehmen. Von städtischer Seite müssten Biertischgarnituren und ein Pavillon gestellt werden. Für die Aktion in Dilsberg habe man Zuschüsse der Hanna-Weis-Stiftung und der Lore-Kirchhofer-Stiftung erhalten, man hoffe, dass auch hier noch etwas für Neckargemünd möglich sei. Stadtrat Erles hatte die Aktion in Dilsberg seinerzeit stark unterstützt und habe seine Hilfe auch für Neckargemünd angeboten, was die Verwaltung gerne annehmen wolle.

9.2.: Beratung:

Stadtrat Bernauer erläutert den Antrag der CDU wie folgt: *„Vorab möchte ich bitte zu Protokoll geben, dass der Dilsberg keine hässlichen Ecken hat, sondern nur Ecken, die noch nicht perfekt sind. Der Antrag liegt Ihnen schriftlich vor und wurde auch mehrheitlich von Ihren Amtsvorgängerinnen und -vorgängern unterzeichnet. Der durchgeführte Workshop wurde sehr gut angenommen, hierbei wurde der Überseecontainer der FFW gestaltet. Für mich persönlich war zudem sehr wichtig, dass die pädagogische Komponente nicht zu kurz kam. Die Kinder und Jugendlichen lernten nicht nur über Techniken und Motivauswahl, sondern auch über den Tatbestand der Sachbeschädigung und welche Strafen Graffitis an fremdem Eigentum zur Folge haben können. Diese Möglichkeit würden wir nun gerne auch den Kindern und Jugendlichen in der Kernstadt bieten. Das wäre auch ein schönes Zeichen für die Jugendarbeit, da wir ein Projekt umsetzen könnten und nicht immer nur über große Maßnahmen sprechen, welche in ferner Zukunft liegen. Wie Frau Polte bereits erwähnt hatte, erfolgte die Finanzierung (zusätzlich zu den freiwilligen Helfern) über Stiftungsgelder und somit kostenneutral. Der Platzvorschlag unsererseits wäre die Stützmauer zwischen dem S-Bhf. Altstadt und dem Bauhof. Hier könnte auch der theoretische Teil des Workshops in Sicherheit z.B. im Menzer Park, oder auf dem Gelände der technischen Dienste stattfinden. Den weitergehenden Vorschlag der Verwaltung zur Unterführung am Bhf. finden wir ebenfalls sinnvoll, jedoch ist er wohl nicht so schnell umsetzbar, da erst Eigentumsverhältnisse, etc. geklärt werden müssten. Das heißt aber natürlich nicht, dass*

wir diese Stelle nicht für einen mögliche 2. Workshop wählen können – dieser könnte bei gutem Verlauf der 1. bereits in Planung gehen. Entsprechend wäre dann auch eine Fortsetzung dieser Reihe in den anderen Ortsteilen denkbar.“

Frau Polte informiert, dass man von Seiten des Stadtmarketings vor ein paar Jahren bereits einmal auf die Deutsche Bahn zugegangen sei und diese damals kooperativ zu sein schienen.

Stadtrat Katzenstein bedankt sich für die tolle Initiative. Die Werke würden vermutlich auch lange halten, denn „crossen“, d.h. drübersprühen, werde nicht gemacht – zumindest nicht in der ersten Zeit. Den Standort Bahnhausunterführung halte man allerdings aufgrund der schlechten Belüftung für schwierig. Den Standort Altstadtbahnhof befürworte man, genauso wie eine spätere Ausweitung der Aktion nach Waldhilsbach und Mückenloch.

Stadtrat Hertel sagt, dass auch die SPD die Aktion befürworte. Eine gewisse Weile würden die Werke auch halten, man müsse allerdings ein Auge darauf haben und ggf. den „Sinn“ wiederherstellen, bevor es schlecht werde. Eine Sache möge allerdings noch geprüft werden: die Bahn habe vor Jahren eine ähnliche Aktion aufgrund von Sicherheitsbedenken abgelehnt. Dies könne aber auch damit zusammengehangen haben, dass damals geplant war, das Bild per Beamer von der gegenüberliegenden Seite aus an die Wand zu werfen. Auch eventuelle Anforderungen wegen der Hochspannungsleitungen mögen geprüft werden. Eventuell sei der untere Altstadtbahnhofsbereich nicht ideal.

Stadtrat Wachert meint, der Workshop sei eine tolle Idee. Die Freien Wähler würden zustimmen.

Stadtrat Erles stellt fest, dass die Organisatoren sich mit Arbeitsschutz auskennen würden.

Stadtrat Dr. Rothe bringt als weitere Alternativstandorte die Unterführung in Kleingemünd bei der Metzgerei Unger und die Unterführung am Kümmelbacher Hof ins Gespräch.

Der Bürgermeister entgegnet, dass sich letztere im Eigentum des Bundes befände. Er bedankt sich bei allen Beteiligten und sagt zu, die Verwaltung werde das Projekt aktiv vorantreiben und umsetzen. Der Diskussion sei zu entnehmen, dass als Standort die Wand am Altstadtbahnhof als erste Priorität geprüft werden solle.

9.3.: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt vom Sachstand Kenntnis und begrüßt, dass die Verwaltung sich bereit erklärt, die Organisation eines Graffiti-Workshops wie von den Antragstellern beantragt freiwillig zu übernehmen.

10: **Antrag der Freien Wähler: Umgestaltung des Toilettenhäuschens auf dem Neckarlauer**

10.1.: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau Polte erläutert die Vorlage.

10.2.: **Beratung:**

Stadtrat Dr. Rothe erklärt, dass er an eine einfache Holzverkleidung gedacht habe, um das Toilettenhäuschen an die Umgebung anzupassen.

Stadtrat Wachert gibt zu bedenken, dass das Toilettenhäuschen nur gemietet sei. Er schläge vor, für ca. 11.000€ ein Häuschen zu kaufen und dessen Standort auf den Arztparkplatz zu verschieben. Man möge den Antrag daher heute nur vorberaten. Auch sei eine vandalismusgesicherte Toilette am Bahnhof dringend von Nöten.

Stadtrat Erles pflichtet ihm bei, eine Bahnhofstoilette sei sehr gut, aber auch ein Standort am Neckarlauer müsse erhalten bleiben. Er habe sich ebenfalls informiert und ein Toilettenhäuschen in Holzoptik für 10.000€ gefunden. Ein Kauf amortisiere sich schnell.

Der Bürgermeister sagt, dass die Reinigung das Teure sei. Man habe allerdings sehr gute Erfahrungen mit der öffentlichen Toilette in der Feste Dilsberg gemacht. Deshalb plane man auch am Lauer und am Bahnhof weitere Toiletten aufzustellen. Auch in Mückenloch habe man bereits nachgesteuert. Die Miettoilette müsse wegen des Frosts bald abgebaut werden. Daher lohne es sich jetzt nicht mehr, etwas zu tun. Man möge aber Ideen für die Haushaltsberatungen sammeln.

Stadträtin Krastel sagt, dass ein gutes Stadtbild wichtig für Touristen sei. Aber habe man sich auch schon mit anderen Angeboten befasst? So gäbe es z.B. Komposttoiletten. Die Reinigung sei ein wichtiger Punkt. Eventuell sei es sinnvoll, in Toiletten mit automatischer Reinigung zu investieren. Und könne man nicht am Bahnhof die Toilettennutzung mit einer Gaststätte vereinbaren?

Stadtrat Wachert informiert, dass er diesbezüglich bereits mit Herrn Dreher gesprochen habe. Das Problem dabei seien die Öffnungszeiten. Wenn die Gaststätte geschlossen habe, gäbe es auch keine Toilettennutzung. Am einfachsten sei es, ein separates Toilettenhäuschen hinzustellen.

Stadträtin Linier erzählt, dass es im Bayerischen Wald das Konzept der „Netten Toilette“ gäbe: Gastwirte böten dieses zusätzliche Angebot und erhielten dafür einen Betrag von der Kommune.

Der Bürgermeister bedankt sich für diese Information.

Stadtrat Hertel sagt, dass man sich jetzt nicht verrennen solle. Klar sei, dass man einen Alternativstandort benötige. Ob man miete oder kaufe, solle man während der Haushaltsberatungen besprechen und die Verwaltung möge bis dahin Angebote einholen, Anschlüsse klären etc.

Stadtrat Weinmann regt an, dann im kommenden Jahr auch barrierefreie Toiletten zu nehmen.

Stadtrat Dr. Rothe sagt, man benötige Toiletten für Damen, Herren und behindertengerechte Toiletten.

10.3.: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd erteilt der Verwaltung einstimmig den Auftrag, bis zu den Haushaltsberatungen 2025 folgende Informationen einzuholen und den Gemeinderat entsprechend zu informieren:

1. Kosten bei Miete bzw. Kauf von Toilettenhäuschen in unterschiedlicher Ausführung mit sich einfügender Gestaltung, so dass keine Verkleidung notwendig ist. Umfang: drei Toiletten (Damen, Herren, barrierearme Toilette).
2. Standortprüfung unter Berücksichtigung der Anschlussmöglichkeiten, insbesondere im Falle einer Versetzung auf den Arztparkplatz neben der Kirchenmauer

3. Prüfung der Möglichkeit der Freiwilligenlösung „Nette Toilette“ (Gewerbetreibende / Gastro).

11: Mitteilungen und Anfragen

11.0.: Beschluss zum Hebesatz der Grundsteuer B

Der Bürgermeister informiert, dass der Sachverhalt, wenn der Kreis Zahlen zur Kreisumlage liefere, im November, ansonsten im Dezember auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung käme. Es handle sich um Pflichtprogramm.

11.1.: Förderverein Städtepartnerschaft Neckargemünd – Evian-les-Bains und Anfrage Bruckner-Chor

Stadtrat Bergsträsser informiert, dass er vor der Sitzung Beitrittsformulare für dem Förderverein Städtepartnerschaft Neckargemünd – Evian-les-Bains ausgeteilt habe. Er würde sich freuen, wenn aus dem Gremium weitere Vereinsmitglieder dazukämen. Für nächstes Jahr sei endlich, mit fünf Jahren Verspätung, die 50-Jahres-Feier geplant. Außerdem erinnert er Bürgermeister Seidel an die Anfrage von Frau Baum vom Bruckner-Chor.

Der Bürgermeister sagt, dass der Anfrage schon stattgegeben wurde, Frau Polte werde morgen antworten.

11.2.: Firma Solvay in Bad Wimpfen / PFAS/TFA im Neckar

Stadtrat La Licata fragt, ob der Umstand der PFAS- bzw. TFA-Einleitung der Firma Solvay in Bad Wimpfen bekannt sei und wenn ja, seit wann?

Da weitere Fragen folgen bittet der Bürgermeister Stadtrat La Licata darum, ihm die Fragen schriftlich mitzuteilen.

11.3.: Straße am Mühlwald

Stadtrat Erles meint, dass die Stadt schneller als geplant sei, jedoch eine Bürgerveranstaltung ausstünde. Wann finde nun der Runde Tisch statt? Er wisse um die Situation im Tiefbauamt.

Der Bürgermeister sagt, dass der Fachbereich Bauwesen schriftlich antworten werde. Ab Montag gehe es in die Umsetzung.

11.4.: Ratsinformationssystem

Stadtrat Zietak fragt nach dem RIS.

Der Bürgermeister sagt, dass der Auftrag im Oktober vergeben werde.

Frau Polte ergänzt, dass der Start von den Kapazitäten des Rechenzentrums abhängen und sich das Ganze vermutlich bis ins kommende Jahr ziehen werde.

11.5.: Griechische Weinstube

Stadträtin Mayer fragt nach dem Sachstand.

Der Bürgermeister sagt, er werde hierzu später in der nicht-öffentlichen Sitzung informieren.

11.6.: **Straßenlaternen Eisenbahnbrücke**

Stadtrat Dr. Rothe fragt wer zuständig sei.

Der Bürgermeister sagt, die Bahn.

Stadtrat Hertel informiert, dass die Syna heute vor Ort gewesen sei. Er gäbe wohl ein Leitungsproblem.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadträtin Krastel

Die Schriftführerin

Stadtrat Hertel